

Alles im Fluss

Wenn das Wasser geht, beginnt das eigentliche Drama, heißt es. Dann werden die Verwüstungen sichtbar, das ganze Ausmaß der Katastrophe. Dann erst wissen die Menschen, wann sie wieder in ihre Häuser werden zurückkehren können. Und ob sie überhaupt werden zurückkehren können.

Grimma in Sachsen, 30 000 Einwohner, zwanzig Autominuten von Leipzig entfernt: Hier beginnt das Drama früher; als das Wasser noch da ist – und als es in der eilig errichteten Notunterkunft das erste Mal um die Frage geht, wer denn die Schuld daran trage, dass die Altstadt schon wieder überflutet ist, zum zweiten Mal binnen elf Jahren.

Grimma liegt an der Mulde, einem Nebenfluss der Elbe. 2002 gab es hier eine »Jahrhundertflut«, von der die Bewohner glaubten, sie werde die einzige in ihrem Leben bleiben. Jetzt mussten 2500 Bewohner von Grimma ihre Häuser und Wohnungen verlassen, die meisten sind zu Freunden oder Verwandten geflüchtet – und einige in die städtische Notunterkunft, eine Turnhalle mit 170 Feldbetten. Es riecht nach Erbseneintopf, die Leute spielen Karten oder stricken, Hunde schlafen unter den Liegen, Kinder turnen auf Weichbodenmatten und malen Bilder, auf denen die Sonne scheint.

An einem Bierstisch in der Halle sitzt ein Rentnerhepaar, den beiden gehört ein Haus in der Altstadt. Sie hatten es nach der letzten Flut grundsaniert. Sie sagt: »Ich schaffe das kein zweites Mal.« Und er: »Wir zahlen noch den Kredit vom letzten Hochwasserschaden ab.« Sie haben Angst, dass die Hilfsbereitschaft nicht so sein wird wie 2002.

Seit das Hochwasser den Süden und Osten Deutschlands geflutet hat, ist viel vom Zusammenhalt der Bewohner die Rede, von mitfühlenden Politikern und Solidarität. Zehntausende Helfer sind in den Krisengebieten im Einsatz, sie schleppen Sandsäcke, packen mit an, wenn ganze Familien ihre Häuser verlassen müssen, bauen die Feldbetten in den Notunterkünften auf. Im bayerischen Passau stieg das Wasser der Donau so hoch wie zuletzt vor 500 Jahren.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hat die Flut Tausende Menschen vertrieben. In Niedersachsen bereitet man sich auf einen Rekordstand der Elbe vor.

Es ist eine Naturkatastrophe gewaltigen Ausmaßes, und der symbolträchtigste Ort in diesen Tagen ist Grimma – eine Stadt, die viele Deutsche auf der Landkarte auf Anhieb wohl nicht finden würden. Hier, so will es die Legende, sicherte sich Gerhard Schröder 2002 die Wiederwahl als Kanzler, als er in Regenmantel und Gummistiefeln über Sandsäcke stieg und Feuerwehrlenten die Hände schüttelte. Hier ließ er sich ein Jahr später, nach der gewonnenen Wahl, von den Bürgern feiern.

Auch in Grimma haben die Menschen zusammengehalten, als das Wasser kam, haben Koffer geschleppt und Suppe gekocht. Aber in Grimma hat das Hochwasser auch einen Streit unter den Bewohnern entfacht. Denn nach Schröders Besuch damals plante die Stadt, eine Hochwasserschutzmauer zu bauen. Grimma sollte gewappnet sein für die nächste Jahrhundertflut. Die Mauer sollte entlang des Flussufers gebaut werden, zwei Kilometer lang. Elf Jahre sind vergangen – und die Schutzmauer steht noch immer nicht.

»Es hat eine Nacht gedauert, bis die Berliner Mauer stand. Zehn Jahre, bis die Chinesische Mauer

stand! Wie kann dann Grimma in elf Jahren nicht mal eine Schutzmauer bauen?«, fragt ein älterer Mann, der in der Notunterkunft ausharrt.

Fragt man den sächsischen Innenminister, wieso die Mauer noch immer nicht steht, dann sagt er lang »äääh« und räuspert sich und sagt dann, es habe viele Abstimmungen gegeben, die Bürger hätten sich beschwert. Die Politiker geben den Bürgern die Schuld, sie hätten den Bau durch ihre

Und wieder eine »Jahrhundertflut«. Das Land hat dazugelernt, aber nicht genug

VON M. BROST, A. COEN, P. DAUSEND, T. ETSCHT, H. SPÄTH

selben Bürger zuvor gegen Projekte der Gemeinschaft protestierten.

100 Millionen Euro Krisenhilfe hat die Bundeskanzlerin den betroffenen Gebieten zugesagt. Bei jedem Euro, den die Landesregierungen ausgeben, werde der Bund einen weiteren Euro drauflegen, versprach Angela Merkel am Dienstag (siehe Seite 3). Wie groß die Schäden im Land tatsächlich sind, wagt derzeit kaum jemand vorauszusagen. Es gebe »im

tische Sprecher der Fraktion, kritisierte vor allem den ungebremsten Flächenverbrauch und die Landschaftsversiegelung.

Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren viele Millionen Euro in den klassischen Hochwasserschutz gesteckt worden – man hat Dämme verstärkt und erhöht und potenzielle Hindernisse für das abfließende Wasser aus dem Weg geräumt. Das Örtchen Eschenlohe, nicht weit von Garmisch-Partenkirchen am Isarzufluss Loisach gelegen, war bei der Flut im August 2005 völlig abgesoffen, weil sich das Wasser an einer Brücke staute. Diese wurde, ohne störende Pfeiler, neu gebaut, zusätzlich erhöhte man die Deiche. Rund sechs Millionen Euro kostete das Projekt, das in diesen Tagen seine Bewährungsprobe bestand.

Solche vorwiegend technischen Lösungen haben den Vorteil, dass sie recht schnell zu realisieren sind und Politiker ein Bändchen durchschneiden dürfen, wenn die Bagger abgerückt sind. Überschwemmungsflächen zu schaffen und die Bodenversiegelung aufzuhalten ist schwerer und bedarf manchmal auch des Verzichts – etwa auf neue Straßen oder Siedlungsflächen. Nichts für Politiker, die sich gern als Macher präsentieren.

Im vergangenen Sommer hat Gerhard Schröder im Gespräch mit der ZEIT noch einmal auf die Flut 2002 und seinen Besuch in Grimma zurückgeblitzt. »Zuwendung und Mitgefühl kann man als Politiker nur begrenzt spielen«, sagte er. Menschen zu sehen, die ihr Hab und Gut verloren hätten; vor Ort gewesen zu sein, wo kein Fernsehbild Distanz schaffe; zu erleben, wie freundlich die Leute in ihrer Not gewesen seien, wie erleichtert, dass da jemand komme und sich kümmern: All das habe ihn ungemein berührt. »Zumal ich immer denken musste: Das hätte auch meine Mutter treffen können.«

Als Edmund Stoiber damals die Hochwassergebiete besichtigte, zeigte sich, dass der Kanzlerkandidat außerhalb Bayerns fremdelte, speziell im Osten: Er fand keinen Zugang zu den Menschen, keine Haltung, die echtes Mitgefühl ausdrückte.

Haben also die Gummistiefel die Wahl entschieden?

»Nein«, sagte Schröder, »das ist zu einfach.« Er erinnerte sich daran, wie Stoiber und die Union die rot-grüne Regierung im Wahlkampf mit der Parole »Die können es nicht« vor sich hertrieben wollten. Wie sie unter Verweis auf die Finanz- und Wirtschaftsdaten Bayerns die Führungskraft des Kanzlers attackierten. »Die Art und Weise, wie wir mit der Flutkatastrophe umgegangen sind, hat diese Attacken ins Leere laufen lassen, sie letztlich unglaubwürdig gemacht«, sagte Schröder. In jenem Sommer 2002 luden die Deutschen die Regierungschefs der ebenfalls betroffenen Staaten zum Krisengipfel nach Berlin, um den Kampf gegen die Wassermassen länderübergreifend zu koordinieren und erste europäische Soforthilfegelder loszuziehen. Außerdem verschob Rot-Grün die geplante Steuerreform und schnürte ein milliardenschweres Hilfspaket für die Opfer der Flut. »Dadurch«, sagte Schröder, »hatten wir bewiesen, dass wir es können.«

25 Kilometer nördlich von Grimma liegt das Dorf Eilenburg, ebenfalls an der Mulde. 2002 sah es hier aus wie in Grimma heute: Alles war überflutet. Gleich nach dem Hochwasser begann man, eine Schutzmauer zu bauen. Bürgerproteste gab es nicht. In den vergangenen Tagen stand das Wasser bis zur Mauerkante, zur Sicherheit wurden auch in Eilenburg die Bewohner evakuiert. Aber die Innenstadt blieb trocken.



Einwohner von Grimma in Sachsen während der zweiten Flutkatastrophe binnen elf Jahren

Foto (Ausschnitt): Jan Woitas/picture-alliance/dpa (aufgenommen in Grimma am 03.06.2013)

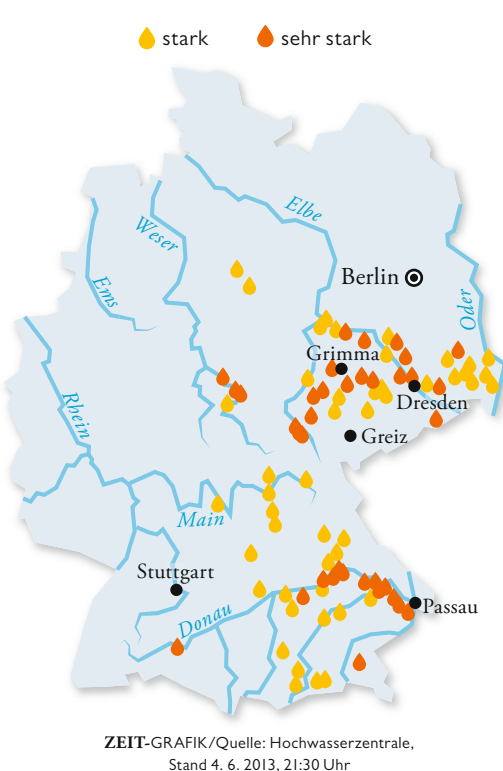
Proteste verzögert. Durch Unterschriftenlisten. Bürgerinitiativen. Klagen.

In den Schriften der damals entstandenen Bürgerinitiative steht, dass die Mauer eine »Verschandelung des historischen Stadtbildes« sei. Dass man den freien Blick auf die Mulde »durch Schutzmauern versperrt bekommt«. Einer, der sich gegen den Bau der Schutzmauer gewehrt hat, ist Dieter Wehner, ein Rentner, auch er musste in die Notunterkunft flüchten, sitzt jetzt mit am Bierstisch in der Turnhalle. »Ich wollte den Mist nicht«, sagt er. »Die Schutzmauer verdeckt die Sicht auf die historische Stadtmauer.« – »Aber Dieter«, sagt der Mann neben ihm. »Man muss doch zugunsten der Sicherheit auch mal auf historisches Gut verzichten!«

Vier Jahre dauerte es, bis die Planung und der Bau der Schutzmauer genehmigt wurden. 40 Millionen wird sie Sachsen am Ende kosten. Seit 2007 wird an der Mauer gebaut. Vergangene Woche, noch vor der Flut, teilte die Stadt Grimma auf ihrer Homepage mit, dass noch nicht einmal die Hälfte der Mauer fertig sei. Dann kam das Wasser.

So ist in Grimma auch das tragische Zusammenspiel von Bürgergesellschaft und Bürgerprotest zu besichtigen, von Gemeinsinn und Egoismus: Denn einerseits helfen sich die Bürger im Notfall gegenseitig. Andererseits aber ist der Notfall womöglich erst dadurch entstanden, dass die-

Überschwemmte Gebiete



Moment einfach noch keine verlässlichen Zahlen, hieß es am Dienstag bei der Allianz. Doch schon 2002 beliefen sich die Gesamtschäden der Flutkatastrophe in Deutschland nach Berechnungen des Versicherers auf 9,2 Milliarden Euro. In Passau, wo der Pegel der Donau am Dienstag leicht zurückging, rechnet der Oberbürgermeister mit Schäden von etwa 20 Millionen Euro – doppelt so viel wie 2002.

Und weiter im Norden? Sieben Jahre ist es her, dass das niedersächsische Elbstädtchen Hitzacker überschwemmt wurde. Inzwischen ist das neue Absperrwerk fertig; nebenan, in Gartow, legen Bauarbeiter letzte Hand an den neuen Deich. Lange vor Eintreffen des Hochwassers trat im Landkreis der Krisenstab zusammen. Die Evakuierung der Altstadt ist vorbereitet; sie wird unvermeidlich, sobald die neue flexible Absperrwand zum Einsatz kommt – sollte sie dem Druck des Wassers nicht standhalten, blieben den Bewohnern keine Zeit mehr für die Flucht.

Doch wie hätte man die ganze Katastrophe wirklich verhindern können?

Das ist die politische Diskussion der kommenden Tage. Die Grünen im Bayerischen Landtag hatten schon am Sonntag, als Passau das Schlimmste noch bevorstand, den Anfang gemacht und die schwarz-gelbe Staatsregierung scharf für ihre verfehlte Siedlungs-, Verkehrs- und Klimaschutzpolitik angegriffen. Christian Magerl, der umweltschütz-

Deiche erhöhen, den Flüssen mehr Raum geben, Bodenversiegelung reduzieren und Wohnungsbau in Gefahrenzonen vermeiden – man weiß heute, wie Hochwasserkatastrophen zu verhindern sind. »Wir haben aus den Erfahrungen gelernt, und man sieht Erfolge durchblitzen«, sagt Torsten Schlurmann, Leiter des Franzius-Instituts für Wasserbau an der Universität Hannover.

Anders als bei der Jahrhundertflut 2002 sind die Deiche diesmal fast nirgendwo aufgeweicht oder gebrochen – ein Ergebnis der Verstärkungsmaß-

nahmen, für die Bund und Länder Hunderte Millionen Euro ausgegeben haben. Auch das Katastrophenmanagement funktioniert bei dieser Flut besser. »Die Einsatzpläne lagen schon fertig in den Schubladen«, sagt Schlurmann, »Sandsäcke wurden dort eingesetzt, wo sie die meiste Wirkung erzielen.« Die Bevölkerung habe besonnen reagiert. »Die Bevölkerung habe besonnen reagiert.« Die Bevölkerung habe besonnen reagiert. »Die Bevölkerung habe besonnen reagiert.«

Die großen Fehler der Vergangenheit sind allerdings noch lange nicht behoben. Im Zuge der In-

dustrialisierung haben Deutschlands Flüsse 70 bis 80 Prozent ihrer natürlichen Überschwemmungsflächen eingebüßt, nur ein minimaler Teil davon wurde zuletzt zurückgewonnen. Am Rhein sind die schon 1990 in einem deutsch-französischen Vertrag vereinbarten Ausbauziele für Überschwemmungsgebiete noch nicht einmal zur Hälfte erreicht worden.

Auch die Rückhaltefähigkeit der Böden nimmt weiter ab. »Viel zu schwere Maschinen in der Land- und Forstwirtschaft verdichten den Boden«, beklagt Winfried Lücking, Wasserexperte des BUND.

Natürliche Wasserrückhaltung sei zwar »eine der drei Säulen des bayerischen Hochwasserschutzkonzeptes 2020«, kritisiert sein bayerischer Kollege Richard Mergner, »doch diese Säule existiert hauptsächlich in Reden«. Die oberbayerischen Moore sind enorm wichtige Puffer für Starkregen, doch geschehe viel zu wenig für ihre Renaturierung.

Kritik kommt auch aus den Niederlanden. Der Hydrologe Hubert Savenije von der Universität Delft beklagt die deutsche Kleinstaaterie beim Deichbau. Tatsächlich legt jedes Bundesland eine eigene Kronenhöhe fest. »Aber Hochwasserschutz

sollte sich nicht an lokalen Interessen, sondern am Allgemeinwohl orientieren«, sagt Savenije. In den Niederlanden richtet sich die Deichhöhe nach einer streng volkswirtschaftlichen Rechnung: Je größer der Wert der Infrastruktur hinter dem Deich, desto höher wird er gebaut.

Die Bundesregierung hat hinter lassen, ob diese Idee importiert werden könnte. Ergebnis: Nicht durchsetzbar. So bleibt es bei den alten Zuständen: Je höher und stabiler die Deiche in Sachsen gebaut werden, desto größere Probleme bekommen weiter stromabwärts Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Notfalls selbst den Keller fluten

Was beim Hochwasserschutz versäumt wurde VON DIRK ASENDORPF